

# Konjunktur oder Krise nach dem Krieg?

Autor(en): **Walter, Emil J.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **21 (1941-1942)**

Heft 11

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-334299>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

der kinderreichen Familien hemmt. Die Partei wird gut tun, wenn sie erkennt, welche große Aufgabe ihrer gerade hier wartet. Sie muß vorstoßen und der Idee, daß die Schaffung des sozialen Wohnraums eine zentrale Aufgabe der Gemeinschaft ist, Bahn brechen. Sie muß darauf hinweisen, daß nicht die Erzielung einer Rendite für das in die Sachwerte sich flüchtende Kapital, sondern die Erstellung von Wohnungen für gesunde Familien mit Kindern das allein Maßgebende ist, selbst wenn für die Erreichung dieses Zieles ein erheblicher Einsatz der öffentlichen Mittel notwendig werden sollte. Die Lösung der Wohnungsfrage rückt aus dem Bereiche privatwirtschaftlicher Betätigung in das der staatlichen Bevölkerungspolitik; diese aber kann nur von antikapitalistischem Geist erfüllt und getrieben sein, wenn sie nicht einfach im Sumpf der parteipolitischen Erfolgsspekulationen steckenbleiben soll. Man muß jetzt den Kampf gegen das große Unverstehen in den geldverseuchten Gehirnen aufnehmen und verständlich machen, daß eine große Aufgabe, welche der Privatkapitalismus fallen ließ, weil seine Renditengier nicht erfüllt wurde, durch die Gemeinschaft aufgenommen werden muß.

Im Kampf zwischen Rendite und Familie, der bis heute mit einem brutalen Sieg des Renditengedankens endete, müssen wir der Familie, der Mutter und dem Kind, dem Menschen überhaupt, zum Triumph helfen, auch wenn die privatwirtschaftliche Rendite zugunsten der Familie ihre Privilegien restlos opfern muß. Es ist die große Zukunftsaufgabe der Gemeinschaft, den sozialen Wohnungsbau, den Bau von Menschenwohnungen, vorwärts zu treiben, nachdem die Privatwirtschaft schmachvoll und jämmerlich versagt hat. Die Partei soll dabei führen!

---

## Konjunktur oder Krise nach dem Krieg?

Von E m i l J. W a l t e r

Der über Istanbul an das «Inst. Univ. des Hautes Etudes Internationales» in Genf emigrierte Professor der Nationalökonomie Wilhelm Röpke scheint sich zum offiziellen Ideologen gewisser kapitalistisch orientierter Kreise der Schweiz vom Landesring bis zum Freisinn zu entwickeln.\* Am

---

\* In seinem Buche «Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart» zeichnet sich Röpke durch eine überaus gehässige Kritik des Sozialismus aus, den er mit «Kollektivismus» und «Vermassung» gleichsetzt. Die apologetische Verherrlichung einer Politik des sogenannten «Dritten Weges» ist verbunden mit einer derart aufdringlichen schmeichlerischen Beurteilung der schweizerischen Verhältnisse, daß der Verdacht einer recht großzügigen Anpassungsfähigkeit des Verfassers nicht von der Hand zu weisen ist. Röpke scheint uns seiner ganzen Denkweise nach ein verhinderter Faschist zu sein, wie ja übrigens zwischen der liberalen — nicht demokratischen — und autoritären Denkstruktur sehr enge geistige Beziehungen bestehen. Wenn auch in den praktischen Vorschlägen Röpke sich einige Male eng mit dem Plan der Arbeit berührt, übersieht er doch vollkommen, daß das Problem der Monopole ohne eine Lösung der Eigentumsfrage nicht liquidiert werden kann.

19. Januar dieses Jahres sprach er in der Statistisch-Volkswirtschaftlichen Gesellschaft Basel über das aktuelle Thema: «Die wirtschaftlichen Ausichten nach dem Kriege» (erschieden im Februar-Heft der «Schweizerischen Zeitschrift für Statistik und Volkswirtschaft»). Der Gedankengang, der diesem Vortrag zugrunde liegt, ist kurz zusammengefaßt der folgende:

Alle Länder, Kriegführende und Neutrale, werden sich nach dem Kriege «einer immensen Staatsverschuldung gegenübersehen, die es zu verzinsen und zu tilgen gilt». Röpke untersucht nun die Frage der Deckung der Kriegskosten unter der Annahme einer geschlossenen Volkswirtschaft. «Die reale Wirtschafts- und Finanzlast des Krieges, das wahre Opfer, das die Volkswirtschaft für die Zwecke der Kriegsführung zu bringen hat», besteht darin, daß die Bevölkerung «weniger und schlechter ißt, weniger verreist, auf das Automobilfahren verzichtet, von den Vorräten zehrt, Hausreparaturen unterläßt, . . . sich tausend andere Entbehrungen auferlegt und angestrongter arbeitet. Dieses Opfer kann nicht etwa aufgeschoben und künftigen Generationen aufgebürdet werden . . . Ganz gleichgültig also, wie der Krieg finanziert wird, ob durch Steuern, Anleihen, Inflation oder durch eine Kombination dieser drei Methoden: was in einem Kriege, auf das Ganze der Volkswirtschaft gesehen, aufgewendet wird, sind die Güter, auf die die Bevölkerung zum Zwecke der Kriegsführung laufend verzichten muß, und auf diese Güter braucht sie nach dem Kriege nicht nochmals zu verzichten. Ist der Krieg beendet, so ist er daher volkswirtschaftlich auch bereits ‚bezahlt‘, und zwar durch das Minus an ziviler Güterversorgung während des Krieges». Wie dieses Minus sich verteile, das sei eine Frage der sozialen Gerechtigkeit und finanzpolitischen Zweckmäßigkeit, ein nationales Verrechnungsproblem, «aber auch nicht mehr».

Die Mittel der Kriegsführung würden beschafft neben den Opfern des laufenden Konsumverzichtes und einer Steigerung der Arbeitsleistung durch den Verzicht auf «die reale, volkswirtschaftliche Abschreibung», das heißt «die Erneuerung der Lager, der Bodenfruchtbarkeit, der Viehstapel, der Häuser und der sich abnutzenden Produktions- und Verkehrsanlagen».

Röpke will die wichtigsten Folgen des Krieges nicht in der Schuldenlast erkennen: «Im Gegensatz zu landläufigen Vorstellungen sehen wir jetzt, daß die schlimme Erbschaft des Krieges nicht so sehr in der Schuldenlast erblickt werden muß — die ja nur den Umfang anzeigt, in dem die bereits geleisteten Güteropfer späterhin definitiv umgelegt werden müssen —, sondern in denjenigen Wirkungen des Kriegsaufwandes, die erst hinterher hervortreten, das heißt in erster Linie in der Kapitalaufzehrung, die die Reservenerschöpfung und der Verschleiß der dauerhaften Kapitalgüter zum Ausdruck bringt.»

Dazu trete die Zerstörung selber, die die Kriegführenden sich gegenseitig zufügen. Demgegenüber «bleiben zwei Wahrheiten bestehen. Die eine davon ist die immer wieder verblüffende enorme Regenerationskraft unseres Wirtschaftssystems. Die andere ist die einfache Feststellung, daß ein Wirtschaftssystem, das die Kraft hat, solche Zerstörungsmittel hervor-

zubringen, gerade auch darum imstande sein dürfte, in der Wiedergutmachung Wunder (!) zu leisten».

Der ersten Frage, ob nicht mit einer «schweren und langdauernden Nachkriegsdepression und mit einem riesenhaften Anschwellen der Massenarbeitslosigkeit zu rechnen» sei, will Röpke nicht mit leichtfertigem Optimismus ausweichen, aber sich auch nicht in die «so überaus gefährliche Stimmung des Nicht-mehr-aus-noch-ein-Wissens hineintreiben lassen».

Zunächst sei es klar, daß unmittelbar nach dem Kriege «ein ungeheurer Anpassungsschock» bevorstehe, daß «gewaltige Umstellungsstörungen eintreten werden, deren Überwindung Zeit brauchen wird». Die allgemeine Güterentblößung am Ende eines großen Krieges sei aber ein Stimulus, je mehr die Inflation während des Krieges vermieden wurde und «je mehr man den nach dem letzten Kriege begangenen Fehler einer drastischen Deflation vermeidet». Und nun kommt der Kernsatz: «Es wird sich so ein ungeheurer, unaufschiebbar und spontan sich äüßender Bedarf an Konsumgütern, Produktions- und Verkehrsanlagen, Wohnhäusern, Maschinenerneuerungen und an allem, was zum Wiederaufbau der zerstörten Einrichtungen benötigt wird, geltend machen, daß die Frage, wo das sich stauende Kapital lohnende Investitionen finden soll, auf lange Zeit hinaus fast wie ein Hohn klingen wird — *sofern eben der Kollektivismus nicht überhaupt den Mechanismus der Markt- und Unternehmerwirtschaft zerstört, ein Punkt, auf den, wie wir noch sehen werden, alles (!) ankommt.*»

Röpke meint sogar, «daß diejenigen recht behalten, die eine davongaloppierende Hochkonjunktur, ähnlich derjenigen von 1924—1929, befürchten, wenn nicht rechtzeitig dämpfende Maßnahmen ergriffen werden». Denn «je größer diese aktuelle Verarmung, um so geringer sollte eigentlich (!) die Aussicht auf eine chronische Massenarbeitslosigkeit nach dem Kriege sein».

Röpke befürchtet nur *ein* Gespenst: «Jede Prognose muß darauf abstellen, ob dem Kollektivismus die Zukunft gehöre oder nicht... Das ist die Frage, von der alles (!) abhängt und um die sich die heutige Weltrevolution dreht... Feigheit, Defaitismus oder Dummheit zugleich aber ist es, wenn man die Auseinandersetzung zwischen dem Kollektivismus und dem Nichtkollektivismus bereits für entschieden hält... Ein Wirtschaftssystem, das die Roßkur (!) des Kollektivismus und Halbkollektivismus überstanden hat, wird mit der Entziehungskur um so leichter fertig werden, als diese ja zugleich den ebenso subtilen wie leistungsfähigen Reaktionsmechanismus der Marktwirtschaft wieder in Gang setzt... So hängt denn alles davon ab, ob die Menschen die heutige Stunde der Weltentscheidung begreifen und danach handeln, mit einem Worte, ob sie die Entwicklung zum Kollektivismus und Caesarismus wollen oder nicht.» Schlußendlich gibt dieser Don Quichotte des theoretischen und abstrakten Liberalismus zu, daß «der historische Liberalismus an seinen eigenen Fehlern und» — man höre und staune — «an der Einsichtslosigkeit seiner Gegner (!) zugrunde gegangen ist». Deshalb tritt Röpke für den «Dritten Weg» ein, einen Weg, der sich auch terminologisch an gewisse bekannte

Schlagworte genugsam annähert, um zu verstehen, wohin dieser fanatische Anhänger der liberalen Theorie, wie andere Repräsentanten der liberalen Schule, von Mises und andere, zu stellen ist.

Das Rezept Röpkes ist demnach einfach: Nur dann, wenn man auf kollektivistische, das heißt, das will wohl heißen sozialistische und planwirtschaftliche Maßnahmen verzichtet, dann sei in der Nachkriegszeit keine Dauerdepression zu erwarten.

Wir sind der festen Überzeugung, daß die Probleme — *rein wirtschaftlich gesehen* — doch wesentlich komplizierter liegen. Daß der Anpassungsschock nach Beendigung des Krieges wohl bloß durch entschlossene planwirtschaftliche Maßnahmen überwunden werden kann, da sonst aus dem Zyklus — Stilllegung der Rüstungsbetriebe, Entlassung der betreffenden Arbeiter, Drosselung ihres Konsums und vernichtende Reduktion ihrer Kaufkraft, damit Senkung der Rentabilität auch der Konsumgüterindustrie auf ein unterdurchschnittliches Maß usw. — kein Ausweg zu finden ist, erkennt zwar sogar W. Röpke selbst. Aber er übersieht vollkommen den zweiten entscheidenden Punkt, von dem die gesamte Gestaltung der Nachkriegswirtschaft abhängen wird, nämlich die Stellung der Wirtschaftspolitik zu den Kriegsschulden.

Zwar denkt Röpke durchaus korrekt bei Behandlung der Kosten des Krieges in güterwirtschaftlichen Kategorien. Mit Recht betont er, daß, gütermäßig betrachtet, der Krieg nicht «zweimal bezahlt» werden muß. Aber es ist eine der wesentlichsten Eigentümlichkeiten des auf kapitalistischem Eigentum beruhenden Wirtschaftssystems, daß zum mindesten ein Teil der Kriegskosten auf dem Wege der Anleihe, des Zwangssparens aufgebracht wird. Die Titel der Kriegsanleihe sind Ansprüche an den Staat, daß das private Kapital nach dem Kriege wieder vollständig zurückerstattet werden soll.

Wenn die Nachkriegswirtschaft mit großen Kriegsschulden der kriegführenden und neutralen Staaten belastet wird, so bedeutet dies praktisch, daß die kapitalistische Klasse aller Länder versucht, ihr privates Eigentum von der durch den Krieg hervorgerufenen Wertvernichtung auszunehmen. Damit stellt sich direkt die Frage des Eigentums. Die Wirtschaftspolitik des Deutschen Reiches nach dem ersten Weltkrieg bedeutete auf dem Umweg über die Inflation — jede Inflation ist ja nichts anderes als eine sehr grobe indirekte Steuer — die Restitution der Sachwerte der großen Kapitalmagnaten der Eisen- und Kohlenindustrie, der Chemischen Industrie und des Großgrundbesitzes. Die Gestaltung der Nachkriegswirtschaft wird im wesentlichen davon abhängen, wie diese *Eigentumsfrage* gelöst wird. *Kriegsanleihen wirken* — um im Rahmen der Betrachtung einer geschlossenen Volkswirtschaft zu bleiben — *ebenso wie äußere Anleihen, die aus dem Überschuß der nationalen Arbeit an das Ausland abgetragen werden müssen, nur daß in diesem Falle das wirtschaftliche Ausland durch die eigene kapitalistische Klasse vertreten wird.* Für die Nachkriegszeit muß man ein klares wirtschaftspolitisches Programm besitzen. Das Schlagwort: Abkehr vom «Kollektivismus», Bekenntnis zum «Dritten Weg», zum Wege eines quasi geläuterten kleinbürgerlichen Liberalismus genügt nicht.



Ohne die Brechung der großen Monopole des Trust- und Finanzkapitals, der Banken, der Rohstoffkonzerne, der Bergwerksgesellschaften, der Montanindustrie ist weder an den Aufbau einer dauerhaften Friedensorganisation der Völker noch an eine Möglichkeit der Überwindung der Nachkriegskrise zu denken. In einem weiteren Artikel werden wir daher auf die entsprechenden konkreten Probleme und Aufgaben der Planwirtschaft in der Nachkriegszeit einläßlich eintreten.

---

## Die Bekämpfung der Steuerhinterziehung beim beweglichen Vermögen

Von A. B i e t e n h o l z - G e r h a r d

Es ist ein Verdienst der Sozialdemokratischen Partei, aber auch verschiedener Steuerfachleute, wie Prof. Dr. E. Großmann, Zürich, Nationalrat Keller, Reute, und Dr. Imhof, St. Gallen, das Problem der Beseitigung der Steuerhinterziehung beim beweglichen Vermögen öffentlich zur regen Diskussion gebracht zu haben. Auch wenn man der von den beiden Letzgenannten vertretenen Lösung nicht zustimmt, muß man ihnen dafür dankbar sein, daß sie die Dringlichkeit der Sache so aufgezeigt haben, daß man nun wohl in absehbarer Zeit ernsthafte Vorkehrungen auf diesem Gebiet erwarten darf. Dazu trägt natürlich auch die absolute Notwendigkeit bei, Bund wie Kantone die Mittel zur Deckung der enorm steigenden finanziellen Bedürfnisse zu beschaffen. Was läge da näher, als danach zu trachten, die «stillen», allzu stillen Reserven des Volksvermögens steuerlich zu erfassen, die sich bisher ihrem gerechten Anteil an den öffentlichen Lasten zu entziehen wußten. Auch wenn, wie wir glauben, die Ziffern von 15 oder noch mehr Milliarden Franken, die für die heute noch der Versteuerung hinterzogenen mobilen Werte genannt werden, wesentlich übersetzt sind, so dürfte es sich doch für den Fiskus zweifellos sehr lohnen, wenn es gelingt, hier Ordnung zu schaffen. Auch haben alle, die bisher schon freiwillig oder unfreiwillig ihr volles Einkommen und Vermögen versteuerten und durch die von ihnen verlangten Steuerleistungen stark belastet sind, geradezu Anspruch darauf, daß diese Belastung nicht weiter steigt, bevor alles getan ist, was geschehen kann, um jene stillen Reserven auch heranzuziehen. Endlich bedeutet auch die soziale Spannung, die schon aus der nur vermuteten Existenz namhafter Steuerhinterziehungen entsteht, eine Gefahr für die solidarische Geschlossenheit des Volkes, deren wir heute mehr denn je bedürfen. Die vorzukehrenden Maßnahmen werden daher selbst dann ihren Wert haben, wenn das finanzielle Ergebnis für den Fiskus wider Erwarten geringfügig sein sollte, weil dann damit erwiesen sein wird, daß solche Steuerhinterziehungen nicht oder nur in geringem Umfange bestehen.

### I. Quellenbesteuerung, insbesondere Projekt Keller/Imhof

Die meisten der vorgeschlagenen Lösungen beruhen auf dem Prinzip der sogenannten Besteuerung a n d e r Q u e l l e , richtiger eigentlich des